



„Politische Bildung“ anstelle von Fußballtraining: Viele Mitglieder des VfR Würselen – an der Spitze Vorsitzender Markus Carduck („in Zivil“) – zog es zum Rathaus auf dem Morlaixplatz, um die Diskussion über den Gesamtschulstandort zu verfolgen. Der dort beschlossene Neubau an der Krottstraße hat Auswirkungen auf die Trainingsplätze. Foto: Karl Stüber

Weichen gestellt, aber nicht endgültig

Gesamtschule Würselen: Ergebnis des „Realisierungswettbewerb“ ist entscheidend. Opposition sieht zu viele offene Fragen.

VON KARL STÜBER

Würselen. Ja, das kann durchaus ein guter Tag für Würselen gewesen sein, wie CDU-Fraktionsvorsitzender Karl-Jürgen Schmitz in der entscheidenden Ratssitzung sagte, dem SPD-Frontmann Christoph Küppers beipflichtete. Der Neubau der Gesamtschule ist beschlossene Sache, wie es die SPD ohnehin wollte. Aber die Sanierung und Erweiterung der Realschule an der Tittelstraße ist noch längst nicht vom Tisch, wenn sich in ein paar Monaten herausstellt, dass der Kostenrahmen nicht eingehalten werden kann und die finanziellen Auswirkungen die Stadt Würselen in ihrer weiteren Handlungsfähigkeit zu sehr knebeln würden.

Auf diese Weise kann sich auch die CDU, die zuvor noch die Sanierungsvariante präferierte, in dem Kompromissbeschluss ebenfalls wiederfinden. Zudem hatte Schmitz wiederholt gesagt, dass sich die Union durchaus eines anderen überzeugen lassen würde, wenn die finanzpolitischen Bedenken glaubwürdig ausgeräumt werden könnten. Dieser Fall ist aus Sicht der CDU offenbar eingetreten. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem zwei Faktoren: das kurzfristig von der großen Koalition gewünschte und von der Stadt beauftragte Gutachten eines Wirtschaftsprüfers aus Stolberg, der die Kostenrechnungen der Verwaltung analysierte und zugunsten des Neubaus ausfiel, und die Reduzierung und Deckelung der Investitionssumme für die neue Gesamtschule auf „nur noch“ 28 Millionen Euro. Dies, so Schmitz, ermögliche es, den mit der nunmehr primär gefallenen Entscheidung notwendigen „finanziellen Spielraum“ zu gewinnen, um eine Sporthalle für das Gymnasium zu bauen, weil nun die neue Gesamtschule die Elmar-Harren-Halle nutzen würde.

Arbeitsgruppe als Kontrolle

Schmitz regte die Einrichtung einer Arbeitsgruppe wie seinerzeit beim Bau des neuen Rathauses auf dem Morlaixplatz an, die mit der Verwaltung streng über die Einhaltung des Kostenrahmens wachen soll. „Die viele Zeit und Arbeit wäre bei einer besseren Vorbereitung vielleicht nicht notwendig gewesen, aber das alles war nicht ver-

geblich, hat das doch zu einer guten Lösung geführt“, zog der CDU-Sprecher Bilanz.

SPD-Sprecher Küppers fasste die wichtigsten Aspekte des Gutachtens zusammen. Der Wirtschaftsprüfer habe – mit der Perspektive für die nächsten 30 Jahre – aus dem Zahlenwerk der Verwaltung das Ergebnis auf den Punkt gebracht: Im Haushalt komme die Neubauvariante pro Haushaltsjahr der Kommune um 290 000 Euro günstiger, der Neubau koste über die nächsten 30 Jahre unterm Strich 5,5 Millionen Euro weniger. Ausdrücklich lobte Küppers die Bürgerbeteiligung. Diese habe eine Reihe von

„Das ist eine wichtige Investition in die Zukunft und von ganz außerordentlicher Bedeutung.“

BÜRGERMEISTER ARNO NELLES ZUR ENTSCHEIDUNG DES STADTRATES

interessanten Überlegungen und Hinweisen erbracht und die Entscheidungsfindung erleichtert. Die jetzt gefundene Formel sei gut für die weitere Entwicklung der „Wohn- und Familienstadt Würselen“. Die mit dem Stärkungspakt erarbeiteten Handlungsspielräume blieben der Stadt erhalten.

Vereine dürfen mitreden

Küppers wie Schmitz räumten ein, dass allerdings immer noch eine Reihe von Fragen nicht beantwortet werden konnten, aber die Stadtverwaltung nun eine sehr gute Grundlage habe, um die weitere Zukunft der Gesamtschule zu planen und zu sichern.

So wurde im Beschlusspaket zum Bau der neuen Gesamtschule zwar eine Lösung für die Trainingsmöglichkeiten von VfR Würselen und der Rhenania, aber auch Linden-Neusen eingebaut, aber was nun wirklich dort geschieht, ist noch nicht ganz klar.

In der Bürgerfragestunde zu Beginn der Sitzung hatte noch VfR-Schatzmeister Norbert Wilke einen flammenden Appell an den Stadtrat gerichtet. Der Wegfall der Ascheplätze an der Krottstraße würde die Existenz des VfR bedrohen. Natürlich wisse der Verein um die beschränkten Möglichkeiten der Stadt Würselen. Indes lud Wilke Verwaltung und Fraktionen

zum Gespräch ein. Der VfR wolle seine Vorstellungen darlegen, wie das Problem kostengünstig zu regeln sein könnte. Diese Einladung wurde gerne angenommen.

Auch das Gymnasium Würselen soll nicht zu kurz kommen. Küppers legte für die Sozialdemokraten „ein klares Bekenntnis zum Gymnasium ab“. Die CDU steht ohnehin positiv dazu. Der Ganztagsbetrieb werde weiter ausgebaut, das Gymnasium erhalte eine Sporthalle. „Das Gymnasium muss die Voraussetzungen für moderne Unterrichtsformen erhalten“, sagte Küppers, der auch von einem „Campus für urbanes Leben an der Klosterstraße“ sprach.

SPD und CDU zeigten sich zufrieden, dass nun – vorbehaltlich der Ergebnisse der ersten „Realisierungsphase“ und der dann feststehenden Investitionskosten – die Realschule in Ruhe bis 2020 auslaufen könnte, ohne dass der Schulbetrieb durch Baulärm und Umzüge beeinträchtigt werde.

Der Vorschlag der UWG, die Gesamtschule im Standort Bardenberg des Medizinischen Zentrums (MZ) unterzubringen, erwies sich nach Rücksprache der Verwaltung mit der MZ-Geschäftsführung als nicht realisierbar. Das Gebäude stehe hierfür nicht zur Verfügung, wie es dort hieß. Hatte laut Verwaltung Geschäftsführer René A. Bostelaar in einem ersten Telefongespräch noch betont, „dass der Standort Bardenberg mindestens in den nächsten fünf Jahren für das MZ unverzichtbar sei“, stand in der dann folgenden schriftlichen Antwort: Neben den ohnehin schon dort betriebenen Kliniken sei das MZ „hinsichtlich der Grundstücksentwicklung Bardenberg mit Investoren im Gespräch“. Ein Konzept zur weiteren Nutzung des Standorts als Krankenhaus mit verschiedenen Fachkliniken werde entwickelt.

„Lügen“ und „ein Haufen Sand“

Ralf Niederhäuser (UWG) nannte das Gutachten des Wirtschaftsprüfers „einen genialen Schachzug“, hält aber die vorgelegten Zahlen und finanztechnischen Darstellungen einen „Riesenhaufen Sand“ und scheute sich mit dem Verweis auf einen Buchtitel nicht, von „Lügen“ zu sprechen. Die UWG komme bei ihren Berechnungen auf Baukosten für die neue Gesamtschule in Höhe von 40 Millionen Euro und prophezeite eine Kostensteigerung von 25 Prozent

in der Bauphase. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Bürger (höhere Kommunalsteuern) lehne die UWG ab.

Die Grüne Dr. Renate Knauf will sich unbedingt das „Lügen“-Buch von Niederhäuser ausleihen. Sie fürchtet, dass der Neubau der Gesamtschule ein Fass ohne Boden wird und ein „neues Aquana“ zu befürchten ist. Viele Aspekte mit finanziellen Auswirkungen seien immer noch nicht berücksichtigt. Die Grünen sprachen sich für die Sanierung der Realschule aus. Knauf scheiterte mit dem Antrag auf nicht-öffentliche Abstimmung. Das Quorum von mindestens acht Ratsmitgliedern dafür wurde nicht erreicht.

Baugrund ist zu prüfen

Auch FDP-Fraktionsvorsitzender Hans Carduck sah das Ziel „Ende gut, alles gut“ keineswegs erreicht. Er hielt eine emotional geprägte Rede für die Belange (auch seines) VfR Würselen. Zudem wies der FDP-Sprecher auf mögliche Probleme des Baugrundes an der Krottstraße hin. Dort habe ein Ausbesser-

ungswerk der Deutschen Bahn gestanden. Der Grund sei wohl mit losem Material aufgefüllt. Darin sah die Verwaltung kein grundlegendes bzw. ein regelbares Problem. Ohnehin würde der Baugrund geprüft.

FDP-Ratsmitglied Markus Carduck, Vorsitzender dieses Vereins, hatte sich zuvor für Befangen erklärt. Letztlich setzten sich SPD und CDU bei der Abstimmung geschlossen bei sieben Gegenstimmen durch.

Und was wurde aus dem Kompromissvorschlag von Bürgermeister Arno Nelles (SPD), zwar die Gesamtschule an der Krottstraße zu bauen, aber kleiner? Dafür sollte die Oberstufe später im Gebäude des Euregio-Kollegs unterrichtet werden. Hierfür hätte Ratsfrau Yvonne Frey (Die Linke) gestimmt, hatte sie unserer Redaktion schriftlich mitgeteilt – wenn sie denn an der Sitzung hätte teilnehmen können. Nelles blieb das Schlusswort nach der Entscheidung pro Neubau der Gesamtschule: „Das ist eine wichtige Investition in die Zukunft und von ganz außerordentlicher Bedeutung.“

KOMMENTAR



Keiner hat verloren

Würselen und seine Bürger sind die Gewinner

► KARL STÜBER

War das der Befreiungsschlag in Sachen Gesamtschulstandort? Kritisch betrachtet war die „Entscheidung“ pro Neubau „nur“ eine Willensbekundung, wenn gleich zum Glück von einer eindeutigen Mehrheit getragen. Letztlich sind die vor Baubeginn ermittelten Investitionsmittel entscheidend. Reichen die 28 Millionen Euro aus und welches Unternehmen errichtet für diese Summe den Neubau? Gut ist auf jeden Fall, dass Plan B klar ist: die Sanierung der Realschule. Unerträglich wäre eine neue Debatte nebst Verzögerungen, wenn der Traum vom Neubau doch noch platzen sollte. Gibt es Gewinner, wer hat verloren? Im politischen „Geschäft“ eine wichtige Frage. SPD und CDU haben letztlich geschickt diese Frage beantwortet:

Keiner hat verloren und beide können mit dem Kompromiss gut leben. Bei allem Respekt vor der Opposition, die mit Recht auf die Beantwortung von noch offenen Fragen drängt, wäre ein Plätzen der großen Koalition bei der Sitzverteilung im Rat für Würselen schlecht. Deshalb ist es gut, dass die GroKo die Belastungsprobe gemeistert hat. Denn weitere Baustellen gibt es zu Ende zu führen. Dazu gehören zum Beispiel die Neunutzung des ehemaligen Singergeländes und überhaupt das Entwicklungskonzept Innenstadt sowie die Stärkung der Infrastruktur von Bardenberg und Broichweiden. Diese Schwergewichte sind nur gemeinsam zu stemmen. So sind die wahren Gewinner letztlich Würselen und seine Bürger.

► k.stueber@zeitungsverlag-aachen.de